

Zu anderen Vorschlägen wurde bereits im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees sowie in diesem Referat Stellung genommen.

Beginnen wir mit Vorschlägen, die nach Meinung des Zentralkomitees abgelehnt werden müssen:

1. Eine Reihe von Vorschlägen zeigt, daß ihre Verfasser noch ungenügend das Wesen und den Charakter des abgeänderten Partei-statuts begriffen haben. Das sind solche Anträge wie:

Grundorganisationen sollen erst ab 10 Mitgliedern gebildet werden

- oder

in jeder Grundorganisation soll eine Kontrollkommission gebildet werden

- oder

die Wahlen der Kreisleitungen sollten nicht jährlich, sondern in größeren Zeitabständen durchgeführt werden

- oder

die Beitragszahlung sollte für Parteimitglieder über 60 Jahre wegfallen, und bei den Hausfrauen sollte die Höhe des Beitrages nach der Zahl ihrer Kinder gestaffelt werden. (Heiterkeit.)

Offensichtlich ist es nicht notwendig, vor dem Parteitag auf solche Anträge, die gegen sich selbst sprechen, im einzelnen einzugehen. Man muß sie ablehnen.

2. Eine andere Gruppe von Stellungnahmen enthält richtige und wertvolle Hinweise und Vorschläge für die Verbesserung der laufenden Organisationsarbeit der Partei. Sie sind darauf gerichtet, Mängel in der Arbeit zu überwinden und den Parteaufbau und das Parteeleben weiter zu verbessern. Das sind solche Vorschläge wie zum Beispiel:

Vorschläge für den Parteaufbau in den Baubetrieben -

Durchführung der Mitgliederversammlungen in Verwaltungen und Ministerien —

bessere Entwicklung der Arbeit der Stadtleitungen -

Einführung eines Systems für die Übermittlung von Beschlüssen an die Kreisleitungen und Grundorganisationen.

Diese Vorschläge haben zum Teil beachtlichen praktischen Wert. Es wird notwendig sein, sie nach dem Parteitag auf ihre Anwendbarkeit hin zu bearbeiten.

Trotzdem ist offensichtlich, daß sie keine unmittelbare Beziehung zum Parteistatut haben. Das Statut gibt nur den allgemeinen Rahmen,